



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Nachhaltig denken –
Ökologisch wirtschaften



Vortrag von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann
an der Tongji Universität Shanghai

am 23. Oktober 2015
in Shanghai, China

Vorwort

Vom 17. bis 25. Oktober 2015 besuchte eine Delegation von über 120 Mitgliedern unter der Leitung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid die Volksrepublik China. Umweltminister Franz Untersteller, Kultusminister Andreas Stoch, Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Verkehrsminister Winfried Herrmann sowie Abgeordnete des Landtags, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sowie von Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen reisten mit Ministerpräsident Kretschmann und Minister Schmid nach Peking, Shenyang, Nanjing und Shanghai.

An der Tongji-Universität in Shanghai hielt Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 23. Oktober 2015 eine Grundsatzrede zu „Nachhaltig denken – Ökologisch wirtschaften“, die ein breites Spektrum an globalen Herausforderungen thematisierte. Zentrale Aspekte waren hierbei die Chancen und Probleme durch die digitale Vernetzung fast aller Lebensbereiche, die Herausforderungen des Klimawandels und nachhaltigen Wirtschaftens und Handelns sowie das große Ziel einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Auch die Bedeutung von Freiheit für Kreativität und Innovation sowie für eine zukunftsorientierte Gesellschaft wurde hervorgehoben.

Die Rede können Sie dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!
Ihre Pressestelle der Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine ganz besondere Ehre und Freude, gerade hier an der Tongji-Universität zu sprechen. Denn die Tongji-Universität ist eine der ganz großen und bedeutenden Universitäten Chinas für Forschung und Lehre. Sie hat international beste Verbindungen und einen ausgezeichneten wissenschaftlichen Ruf. Ein weiterer Grund meiner Freude ist aber der, dass diese Universität der Beleg für eine jahrhundertelange Verbundenheit unserer Länder und Kulturen ist. Denn die Tongji-Universität ging aus der „Deutschen Medizinschule für Chinesen in Shanghai“ hervor. Und die wurde 1907 unter anderem vom deutschen Generalkonsul in Shanghai begründet – genau so, wie das Tongji-Hospital und eine deutsche Sprachschule für chinesische Schüler. Diese Verbundenheit setzte sich dann über die Jahrzehnte hinweg fort. 1998 wurde ein Chinesisch-Deutsches Hochschulkolleg begründet und der Wissensaustausch mit zahlreichen deutschen Partneruniversitäten wird auf Sommerakademien bis in unsere Tage aktiv und intensiv gepflegt.

Es ist denkwürdig, dass die Universität unserer Landeshauptstadt Stuttgart 1995 Ihre erste Partneruniversität war. Denkwürdig ist auch, dass der von mir hoch geschätzte ehemalige Minister Professor Klaus Töpfer seit 2007 Gastprofessor für Umwelt und nachhaltige Entwicklung hier an der Tongji-Universität ist. Es ist wirklich so, dass die chinesisch-deutschen Wissenschaftler den Universitätsnamen Tongji durch ihre Kooperationen verwirklicht haben, welcher lautet: „Gemeinsam in einem Boot den Fluss überqueren.“ Und so kommt es, dass momentan 4.600 Studierende in Baden-Württemberg aus China stammen und der zweithäufigste Name von Studierenden an der Universität Stuttgart nach „Müller“ „Wang“ lautet und der Name „Zhang“ dort immerhin noch den 6. Rang belegt. Und dass wir als Delegation hoch interessierter Politiker, Wirtschafts- und Wissenschaftsvertreter aus dem Bundesland Baden-Württemberg hier bei Ihnen sind, um uns mit Ihnen auszutauschen und Neues zu erfahren.

Viele weitere Gemeinsamkeiten unserer Länder könnte ich nun noch anführen. China ist der Export-Weltmeister. Baden-Württemberg unter den deutschen Bundesländern der erfolgreichste Exporteur. Doch ich will diese Vergleiche bescheiden in dem Bewusstsein tun, dass allein schon Shanghai-Stadt mit 15 Millionen mehr Einwohner hat als ganz Baden-Württemberg mit 11 Millionen. Mit großem Respekt denke ich auch an eine weitere historische Verbindung. Nämlich an die Jahre 1938-41, in denen Shanghai 18.000 Juden aus Deutschland und Österreich bei sich aufnahm, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Die Erinnerung an den dunklen Teil der deutschen Geschichte und das Vorbild anderer Völker helfen uns Deutschen heute, dem weltweiten Problem der Migration unter Beachtung des Völkerrechts und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 zu begegnen.



Bildquelle: Reiner Pfisterer

In unserem Bundesland nehmen wir gegenwärtig viele Flüchtlinge meist aus fernen Kriegsgebieten auf. Ihre Unterbringung beansprucht alle unsere Kräfte – die Hilfsorganisationen bestellen derzeit die Feldbetten sogar in Shanghai, weil in Europa die Produktion so schnell nicht nachkommt. In unserer Welt haben sich nicht nur die Waren- und Finanzströme globalisiert. Durch die digitale Vernetzung fast aller Lebensbereiche rücken uns nicht nur die Chancen, sondern genauso die Probleme der Welt fast in Echtzeit auf den Leib. „Diese Flüchtlingskrise ist kein europäisches Problem, es ist eines der ganzen Welt“, sagte unlängst Barack Obama. Klimaforscher und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon prognostizierten schon vor Jahren, dass die gegenwärtige Massenmigration nur der Vorbote weiterer und noch stärkerer Wanderungen sein könnte. Wanderungen, die durch die Klimaerwärmung, durch Überflutungen oder Versteppung des Ackerlandes dramatisch ausgelöst werden könnten. Wir, die erfolgreichen Industriestaaten, stehen ganz besonders in der Pflicht, die Klimaerwärmung zu begrenzen.

Deshalb war es auch ein Zeichen der Hoffnung, dass in diesem September auf dem Nachhaltigkeitsgipfel die 17 Nachhaltigkeitsziele bis 2030 von allen Staaten einmütig beschlossen wurden. Es war auch ermutigend, dass Präsident Xi Jinping in New York angekündigt hat, zwei Milliarden Dollar für einen neuen Entwicklungsfonds aufzubringen und zusätzliche Investitionen in den ärmsten Ländern zu tätigen. Er sagte, dass China „Gerechtigkeit vor Interessen“ stelle und dadurch den Nachhaltigkeitsprozess für eine bessere Welt voranbringen wolle. Denn die Flüchtlingsproblematik, die in der europäischen Politik gerade im Vordergrund steht, hängt eigentlich mit jedem einzelnen der 17 Nachhaltigkeitsziele zusammen. Armut, Hunger, schlechte Gesundheitsversor-

gung, mangelnde Bildung, Naturkatastrophen und Naturzerstörung, Gewalt und Korruption sind zweifellos alle Gründe, das Land zu verlassen und sich anderswo eine bessere Zukunft zu suchen. Es ist absolut erforderlich, die globale Dekarbonisierung auf den Weg zu bringen. Denn wir müssen die Klimaerwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf die Obergrenze von zwei Grad begrenzen. Ich erhoffe mir für den Klimagipfel in Paris eine kollektive Klimaschutzvereinbarung über einen global einheitlichen Preis für Kohlendioxidemissionen.

Ban Ki-Moon hat den Präsidenten Xi Jinping auf dem Nachhaltigkeitsgipfel dazu beglückwünscht, dass in seinem Land mehr als 400 Millionen Menschen der extremen Armut entkommen sind. Diesem Glückwunsch zum grundlegenden Beitrag Chinas zu einer besseren Welt und zu seinem bis heute anhaltenden Wirtschaftswachstumswunder kann ich mich nur anschließen. Dennoch hat China erkannt, dass das Wachstum der Wirtschaft ohne Nachhaltigkeit gewaltige soziale, gesundheitliche und ökologische Probleme schafft. Wenn die Kosten der Umwelterstörung bereits 10% des BIP betragen (laut SEPA, Staatliche Umweltschutzamt, Peking), wenn 150 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert werden (SEPA), stellt sich die Frage nach alternativem Denken und Wirtschaften dramatisch. Schon weil die Umweltkosten den Ertrag des Wirtschaftswachstums aufzuheben drohen. So war es nur konsequent – und ich begrüße das sehr – dass China sich 2014 erstmalig zu verbindlichen Klimaschutzzielen verpflichtet hat: Bis 2030 soll demnach das Maximum der CO₂-Emissionen erreicht und der Anteil Erneuerbarer Energien auf 20% erhöht werden. Natürlich hoffe ich, dass China diesen Weg weiter geht und sich, am Besten bereits in diesem Jahr im Rahmen der Klimaverhandlungen in Paris, zu noch ambitionierteren Zielen verpflichten wird.

Unsere Wirtschaft und deren Wachstum muss vom Naturverbrauch und der Naturzerstörung entkoppelt werden. Das ist eine der größten Aufgaben des 21. Jahrhunderts. Wir müssen eine effiziente Umweltpolitik betreiben, die ihre Standards trotz des nötigen Wirtschaftswachstums einhält, auf das ja besonders die ärmeren Länder angewiesen sind. Die Bepreisung von Emissionen ist dafür ein geeignetes marktwirtschaftliches Instrument und der geeignete Ordnungsrahmen für eine solche Politik. Erfreulicherweise wird es schon in der Europäischen Union und in einigen US-Bundesstaaten angewandt. Auch China probiert schon in sieben Provinzen verschiedene solcher Modelle aus und wird das System 2017 auf das ganze Land ausdehnen. Und auch wenn die Natur keine Ware ist: Innerhalb dieses marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens müssen wir die Green Economy entwickeln.

Green Economy ist, und das trifft sich gut, auch ein zentrales strategisches Ziel in Chinas aktuellem Fünfjahresplan. Und Green Economy ist auch der Kern unserer Politik in Baden-Württemberg. Grenzüberschreitende Zusammenschlüsse und Abkommen zwi-

schen Regionen sind wirksame Elemente der Klimapolitik. So haben wir zusammen mit Kalifornien die Initiative zu einem internationalen Klimaschutzbündnis ergriffen. Mit 44 klimaschutzaktiven Regionen haben wir Memorandums of Understanding ausgetauscht und verpflichten uns damit im Namen von 474 Millionen Bürgerinnen und Bürger zu einer nachhaltigen Politik der CO₂-Reduzierung um mindestens 80% bis 2050! Weitere Regionen werden folgen – und ganz besonders freue ich mich, dass nun auch unsere Partnerregion Jiangsu unseren Kooperationsverbund unterstützt.

Weltweiten Kooperationen zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, denn ich bin überzeugt, dass die großen Fragen unserer Zeit letztlich nur mit Hilfe der Wissenschaft beantwortet werden können. Heute Morgen erst haben die School of Automotive Studies der Tongji-Universität, das Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen und Fahrzeugmotoren Stuttgart und die Universität Stuttgart in meinem Beisein eine engere Zusammenarbeit vereinbart, unter anderem um die Erforschung alternativer Antriebskonzepte weiter voranzubringen. Gerade weil die entscheidenden Impulse für Innovationen aus der Wissenschaft kommen, stärken wir zu Hause gezielt unsere staatlichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Technische und wissenschaftliche Innovationen – denken Sie an neue Speichertechnologien, an intelligente Energienetze oder neue Produktionsverfahren – dürfen aber nicht auf dem Papier bleiben, sondern müssen via Technologietransfer zur Marktreife gelangen. Ein Schwerpunkt der Innovationsförderung in Baden-Württemberg liegt deshalb auf Projekten, die von Wissenschaft und Wirtschaft durchgeführt werden, auf Projekten in Form von Forschungsk Kooperationen und Verbundforschung, sowie auf der Förderung von Clustern, Netzwerken und Plattformen. Auch freuen wir uns, wenn sich in international besetzten Forschungszentren privater Unternehmen Möglichkeiten auftun, Ideen und Erfindungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Erst in der letzten Woche konnte ich ein neues Forschungszentrum der Firma Bosch in Anwesenheit der deutschen Bundeskanzlerin eröffnen, in dem 1700 Forscher dieses Unternehmens arbeiten werden.

Innovationsgeist und eine kreative Gründermentalität sind die wesentlichen Treiber bei der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Neben einem ökologisch-sozialen Ordnungsrahmen, intelligent verzahnten Strukturen und ausreichend finanzieller Förderung setzt Innovation vor allem eines voraus: Freiheit. Die Philosophin Hannah Arendt, die mein politisches Denken stark geprägt hat, hat einmal das in politischen Zusammenhängen ungewöhnliche Wort „Wunder“ gebraucht, und damit ein unerwartetes, unberechenbares Ereignis bezeichnet, das überall dort möglich ist, wo Menschen in Freiheit handeln. Ein Beispiel dafür ist der Fall der Mauer zwischen Ost- und Westdeutschland und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Was nun in diesem sehr spezifischen Sinne „das Wunder“ in der Politik ist, das ist in der Wirtschaft die Innovation: das neue Produkt, die neue Fertigungsmethode – mit überraschenden Lösungen für eine bessere Welt. Solche Innovationen entwickeln sich am besten von unten her, Kreativität braucht Freiheit. Nur wo Fragen gestellt werden, nur wo das Denken Grenzen überschreitet, nur wo auch Visionen nicht von vornherein verworfen werden, kann wirklich Neues und Bahnbrechendes entstehen. Die ökologische Modernisierung lebt von solchen Innovationen.

Unsere Innovationspolitik in Baden-Württemberg ist erfolgreich. Wir mögen eine kleine Region in Europa sein, aber wir stehen im Innovationsindex unter 87 europäischen Regionen an erster Stelle. Vielleicht auch deshalb, weil wir uns auf Umwelttechnologien, nachhaltige Mobilität, erneuerbare Energien und Maßnahmen der Ressourceneffizienz konzentrieren. Auch in der zunehmenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sehen wir große Möglichkeiten. Die wollen wir nutzen, ohne dabei die Risiken für eine freiheitliche Gesellschaft zu übersehen. Die so genannte digitale Revolution kann entscheidend dazu beitragen, das große Ziel einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch in greifbare Nähe zu rücken. So hält sie jetzt schon stürmischen Einzug in die Fabriken. Durch intelligente Produktionssysteme, die Analyse großer Datenbestände und eine intelligentere Logistik lassen sich unnötige Prozessschritte und Energiefresser beseitigen und Wertschöpfungsketten optimieren.

Und auch in der Energieversorgung beginnt die digitale Revolution. Intelligente Netze und virtuelle Kraftwerke sorgen im Zeitalter der Erneuerbaren Energien dafür, dass dezentrale Erzeuger, Verbraucher und Speicher miteinander „kommunizieren“ und eine stabile und effiziente Versorgung sicherstellen. Schließlich hält sie Einzug in unsere Mobilitätskultur. Durch die Vernetzung der Verkehrsträger und intelligenter Bezahlssysteme eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten jenseits des klassischen motorisierten Individualverkehrs. Die Stichworte heißen hier Carsharing und Intermodalität, also das intelligente Zusammenspiel von Bahn, Bus, Elektroauto, Fußgängerverkehr und Fahrrad. Das selbstfahrende Auto, an dem auch unsere Autobauer derzeit tüfteln, könnte zum Herzstück eines vernetzten Verkehrssystems werden. Verkehrsflüsse würden optimiert, Unfälle vermieden, unnötiges Umherfahren wie etwa bei der Parkplatzsuche reduziert.

Eine Studie zeigt, dass mit Hilfe digitaler Anwendungen die globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2020 um 9 Milliarden Tonnen beziehungsweise 16% reduziert werden könnten (Studie „SMARTer 2020“ der „Global e-Sustainability Initiative“). Dass die Digitalisierung zur Erfolgsgeschichte für Wirtschaft und Umwelt wird, dafür wollen wir in Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten. Doch auch überall bei meinen Besuchen in China waren Innovationen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ein großes Thema.

Der deutsche Begriff „Industrie 4.0“ war allen meinen Gesprächspartnern geläufig. China verfolgt im Rahmen der Strategie "China 2025" sehr ähnliche Ziele wie wir, und zwar eine zunehmende Digitalisierung, Vernetzung und Automatisierung der Fabriken.

Dabei ist heute schon klar: Die digitale Revolution greift weit über die Fabriken hinaus. Sie wird auf der Basis eines Internets der Dinge, der Dienstleistungen und der Menschen alle Lebensbereiche durchdringen. Sie wird nicht nur Industrie, Verkehr, Medizin und Gesundheit verändern, sondern auch die Gesellschaft. Unsere Vorstellung von ökologischer Marktwirtschaft ist selbstverständlich verknüpft mit der Erwartung, innovative und grüne Technologie in alle Welt zu exportieren. Mit unseren Produkten „Made in Baden-Württemberg“, mit effizienten und ressourcenschonenden Maschinen, verbrauchsarmen Fahrzeugen und Konzepten zur nachhaltigen Mobilität, mit Umwelttechnologie, Kreislaufwirtschaft und erneuerbaren Energien, mit Automatisierungstechnik und Lösungen für Infrastruktur, Energieeffizienz und Gesundheit empfehlen wir uns gerne auch China als Partnerland.

Aber China ist schon jetzt nach den USA unser wichtigster Handelspartner, 175 Unternehmen aus unserem Land haben inzwischen eine Niederlassung in China. Der Bedarf an grünen Technologieprodukten ist riesig: Der chinesische Markt bietet gerade hier eine hervorragende Chance, diese Technologien in großen Mengen zu produzieren und damit auch kostengünstiger zu machen. Nicht zuletzt die Weiterentwicklung der Elektromobilität sollte von diesen Skaleneffekten profitieren können. Mit Umweltschutz Geld verdienen – das entspricht sehr gut dem Wertebewusstsein und dem ökonomischen Verhalten, das man uns Baden-Württembergern nachsagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Studierende, Nachhaltigkeit ist auch eine Frage guter Technologie und Ökonomie – aber nicht nur. Sie hat auch viel zu tun mit unseren inneren Einstellungen, mit unseren Werten, unserer Ethik und unserem Sozialverhalten. Nachhaltiges Handeln lässt sich schlecht vorschreiben, die Menschen müssen den schonenden Umgang mit der Natur als ihr ureigenes Interesse begreifen. Und da nach Konfuzius der Mensch von Natur aus gut ist, und böse nur durch Mangel an Einsicht wird, muss man sicher sehr früh mit einer Nachhaltigkeitserziehung und einer breiten Aufklärungsarbeit beginnen.

Vertrauen ist die Grundvoraussetzung sozialen Miteinanders und nachhaltiger Beziehungen, auch von Beziehungen zwischen den Völkern. Vertrauen darf man nie zerstören. „Lieber Geld verlieren als Vertrauen“, sagte Robert Bosch, der Gründer des vorher schon genannten und sehr erfolgreichen Unternehmens aus Baden-Württemberg, bereits im Jahr 1919. Man zerstört viel Vertrauen, wenn man Abgaswerte fälscht, wie das dem deutschen VW-Konzern nun leider vorgeworfen werden muss.



Bildquelle: Reiner Pfisterer

Ich bin aber fest überzeugt davon, dass dieser Skandal eine unrühmliche und völlig untypische Ausnahme im Gesamtverhalten der deutschen Wirtschaft ist. Handel und Wirtschaft können sich nur dann gut entwickeln, wenn Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Planbarkeit gegeben sind. Wenn geistiges Eigentum in Form von zum Beispiel Patenten geschützt und gesichert ist. Und wenn Kunst und Wissenschaft so frei wie der Austausch von Informationen und Meinungen sind. Die baden-württembergische Landesregierung versucht ganz bewusst und programmatisch, das Vertrauen der Bürger in politische Planungen zu stärken. So haben wir die Beteiligung der Bürger an Planungen aller Art erweitert und systematisiert. Wir haben die Voraussetzungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in unserer repräsentativen Demokratie erleichtert. Wir nutzen die vielen Möglichkeiten moderner Kommunikation, um die Partizipation der Bürger bei Entscheidungen zu stärken. Wir nehmen die Wünsche und die Ängste ernst, auch wenn wir natürlich nicht jeden Wunsch erfüllen können. Nach allgemeiner Überzeugung haben wir dadurch aber Planungen verbessert und Konflikte entschärft. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass uns auch eine Delegation der KP Chinas besucht hat, die sich speziell für dieses Thema interessiert hat. Mein Menschenbild ist das des Bürgers, der seine Verantwortung in Freiheit und seine Freiheit verantwortlich wahrnimmt.

Nun weiß ich, dass wiederum Konfuzius gelehrt hat, dass Freiheit erst durch Ordnung entsteht. Doch diese Ordnung muss meiner Meinung nach eine Ordnung sein, die auf der Würde des Menschen und auf den grundlegenden Menschenrechten beruht. Das ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgelegt, an deren Zu-



Bildquelle: Reiner Pfisterer

standekommen auch der chinesische Philosoph Peng-chun Chang maßgeblich beteiligt war. Auch China gehört zu den Unterzeichnerstaaten. Ich habe großes Vertrauen in die Zivilgesellschaft und deren freiwilliger, kreativer und spontaner Selbstorganisation. Sie entfaltet sich richtig aber nur im Rahmen des Rechtsstaates und dessen Verfassungsordnung. Mein Vertrauen in die Zivilgesellschaft hat sich wieder bestätigt bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge, von der wir als staatliche Institutionen allein überfordert gewesen wären.

Die jüngste Geschichte der Deutschen war geprägt von Diktaturen und zwei furchtbaren Kriegen. Wir haben uns nach dem Kriegsende eine demokratische Verfassung mit weitgehenden Grund- und Freiheitsrechten für jede Bürgerin und für jeden Bürger gegeben. Und dem Staat die Aufgabe zugewiesen, diese Rechte zu gewähren und zu schützen. Über die Rolle der Freiheit für Innovationen habe ich schon gesprochen. Aber auch die Freiheit der Bürger, sich frei und gleichberechtigt zu entfalten, sich miteinander zu verständigen, ihre Meinung frei zu äußern und zu verbreiten, ist für eine zukunftsorientierte Gesellschaft meiner Ansicht nach unerlässlich. Auch in der Gesellschaft müssen wir innovativ und kreativ sein. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger ermuntern, selbst initiativ zu werden. Lassen Sie es mich anhand eines Beispiels erläutern:

Deutschland geht den Weg der Energiewende. Wir wollen weg von Atomenergie und Kohleverstromung, hin zu Erneuerbaren Energien. Die regenerativen Energien haben bei uns schon heute einen Anteil von fast 30%. Begangen wird dieser neue Weg der Stromerzeugung auch von hunderttausenden privater Investoren sowie von Energiege-

nossenschaften, von denen es allein in meinem Bundesland mehr als 140 gibt. Zu ihnen schließen sich jeweils hunderte von Bürgern zusammen, zum Beispiel um große Photovoltaikanlagen, „Bürgerwindräder“ oder Nahwärmenetze selbst zu betreiben. Jeder zeichnet dabei einen kleinen Anteil, erwirtschaftet eine kleine Rendite. Die Beteiligung der Bürger schafft so nicht nur Akzeptanz. Vielmehr sind es die Bürger, die das Projekt Energiewende mit Leben erfüllen und maßgeblich mit vorantreiben. Dieses Beispiel zeigt die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Die ökologische, die ökonomische und die soziale Komponente von Nachhaltigkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Planet ist in einem kritischen Zustand. Nachhaltigkeit des Denkens und des Wirtschaftens ist das Gebot der Stunde und die Hoffnung für die Zukunft. Ich habe das gute Gefühl, dass die Menschen und die verantwortliche Politik in China das ähnlich sehen. Und meine Landesregierung arbeitet in Deutschland weiter daran, unsere Anstrengungen bei der ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft weiter deutlich zu verstärken. Ich darf also wiederum feststellen: „Tongji hua chuan“, wir rudern zusammen ein Boot.

Herzlichen Dank!



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart